

# Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Dienstag  
**19**  
August

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zwei-Geldstellen in Oestrich (Otto Eilme), Marktstraße 9 und Eitville (H. Tobias Wümel), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße.  
Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Gucke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eilme-Oestrich; für Geschäftsstellen und Anzeigen: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Jr. 192 = 1919

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.50 Mk., für den Monat 1.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.95 Mk., monatlich 1.64 Mk. mit Beleggeld, für Abholer monatlich 1.50 Mk. beginnend 14. vierteljährig 3.95 Mk., für den Monat 1.32 Mk. — Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die Zeile, für 40 Pfg. 1.00 Mk., für 200 Pfg. 4.00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schluß der Anzeigenannahme: für größere Anzeigen Samstag 4. für kleinere Anzeigen Sonntag 6 Uhr. Politische Konten: Nr. 1532 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

## Wir marschieren

Ein Pariser Blatt läßt sich von seinem Mainzer Sonderberichterstatter melden, daß der Gedanke der Rheinischen Republik erheblich an Ausdehnung gewonnen habe. Gleichzeitig wird angegeben, daß der oberste Rat der Alliierten den Wunsch nach einer Volksabstimmung nicht abschlagen werde. Was hier in dem ersten Satz gesagt wird, trifft, wie jeder objektive Beobachter zugeben muß, den Nagel auf den Kopf. Der Gedanke der Rheinischen Republik marschiert trotz alledem und alledem, er lebt kräftiger denn je zuvor, Millionen des rheinischen Volkes haben den unbefangenen Willen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der große Wunsch gelungen ist. Der große Wunsch wird gelingen. Es konnte niemals ein Zweifel darüber bestehen, daß die Mehrheit der Bevölkerung am Rhein eine eigene Republik im Verbands des Deutschen Reiches verlangt. Das waren auch die Gegner nicht zu bestreiten. Wurde doch selbst in der Nationalversammlung in Weimar die Befürchtung ausgesprochen, daß bei einer Abstimmung wahrscheinlich mehr als 75 Prozent sich von dem alten Preußen abwenden würden. Wohlgerichtet das war die Meinung der Sozialdemokratie! Die Gegner der Rheinischen Republik fürchten mit einem bemerkenswerten Aufgebot von Beschlüssen und Verleumdungen die Schwäche ihrer Position zu stärken. Wir wissen es wohl: Es gibt Einzelne, die innerlich lange hin und her gesawant haben, welche die Vergangenheit nicht so schnell über Bord werfen konnten, welche noch immer an das alte Preußen der Just, Ordnung und Arbeit dachten und die darum das Staatsgebäude nicht mit niederreißen wollten. Es liegt uns fern, über eine solche Auffassung abfällig zu urteilen. Verwahrung muß man dagegen gegen jene Elemente einlegen, denen jedes Mittel recht war, um einen wohlhabenden Freiheit zu beschaffen. Die Rheinische Republik darf nicht unter parteipolitischen und konfessionellen Gesichtspunkten behandelt werden, die innen- und außenpolitischen Beweggründe geben allein den Ausschlag. Tatsächlich haben sich auch Anhänger aller politischen Parteien zu dem Gedanken der Rheinischen Republik bekannt, sie tun es heute noch. Ja sie tun es in weit größerer Zahl als ehemals. Das beweist die große Kölner Kundgebung, das beweist die Zustimmungserklärungen, die von Tausenden, ja von Hunderttausenden in den letzten Wochen eingegangen sind. Der Gedanke marschiert und er wird liegen.

Der Gedanke marschiert nicht in den breiten Volksmassen. Hier hat er seit Monaten festen Grund gefunden, hier ist er nicht mehr auszuwischen, auch wenn Berlin und Weimar alle Minister und Staatssekretäre mit Jaderot und Weisheit entfenden wollten und — könnten. Der Gedanke marschiert vor allem in jenen Kreisen, die bisher sich absehbend verhielten. In den letzten Wochen haben bei uns Duzende von hervorragenden Männern und Frauen aus allen Parteien vorgebrochen, die infolge der Entwicklung der Dinge sich von den Verleumdungen und falschen Darstellungen freimachen und inzwischen zu begeisterten Anhängern des rheinischen Freiheitsgedankens geworden sind. Nur die Rheinische Republik kann uns retten, — das ist der Gedanke, der immer wiederkehrt. Es soll auch nicht wenige geben, die über die Hochverräter schimpfen, gleichzeitig aber gebrechten Verstand dem Mainzer Ausdruck verleihen: Wenn doch die Rheinische Republik nur käme. Kein anständiger Mensch wolle im Rheinland etwas mit Dr. Dörten zu tun haben! So erklärte vor drei Wochen Herr Oberbürgermeister Wernher in einer Versammlung zu Düsseldorf, die von dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brüning anberaumt war. Nun lesen wir in der „Rheinischen Volksstimme“, dem Organ der rheinischen Bauern: „Es wurde an vielen Orten beschlossen, sich an Herrn Dr. Dörten zu wenden, damit dieser eine öffentliche Versammlung abhalte; in den letzten drei Tagen wurde von vier Orten mitgeteilt, daß sich diese schon an Dr. Dörten gewandt hätten.“ Ob Bauer, Bürger oder Arbeiter, sie alle wissen, wo sie der Schutz drückt, sie erkennen auch, daß bald gehandelt werden muß. Den besten Agitationsstoff zu Gunsten der Rheinischen Republik liefern die Regierungen in Weimar, Berlin, Bonnstadt und München, die allem Anschein nach völlig mit Blindheit geschlagen sind. Was aus landwirtschaftlichen Gebieten des Rheinlandes mitgeteilt wird, ist wenig erbaulich. Die Magnahmen Weimars und Berlins treiben die Bauern zur Revolution. Es kann schlimm, sehr schlimm werden, wenn man nicht endlich den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trägt und den eigenen Bundesstaat schafft. Von der gegenwärtigen sozialdemokratischen Regierung ist nicht das geringste zu erwarten. Sie läßt viel eher Deutschland zugrunde gehen, statt daß sie den Willen der Bevölkerung vollendet. Nicht Reichsinteressen, sondern Parteinteressen überwiegen bei den Männern, die Deutschland regieren. Wäre die Bevölkerung des Rheinlandes nicht ferngefund in ihrem Denken und Fühlen, so wären schon längst unheilbare Folgen eingetreten.

Für uns und unsere Gedanken arbeitet die Zeit. Es liegt uns fern, die Zukunft in dunklen Farben zu malen. Aber wir haben in den letzten Tagen mit einer Reihe von Großindustriellen und Finanzleuten aus dem besetzten und unbesetzten Deutschland gesprochen, die alleamt die Meinung vertreten: In zwei, spätestens in drei Monaten ist der volle Zusammenbruch da. Es gibt kein Entzinnen, weil

unsere Regierung nicht handeln will oder nicht handeln kann. Vor dem Kriege galt die Mark noch 1.25 Fr., heute erhält man nur mehr 30 Centimes. Der Wert der Mark ist also gegen früher auf rund 21 Pfg. gesunken. Und jeden Tag geht es weiter abwärts. Je mehr es abwärts geht, umso mehr machen sich die Panen auf und verlangen den Gleichstand. Umso mehr lassen auch die Gegner der Rheinischen Republik von ihrer Agitation ab. Die Preß, welche aus parteipolitischen und konfessionellen Gründen das neue Staatsgebilde bekämpft, wird immer mehr vereinsamt. Deutlich ist eine ungeheure Mehrheit für die Rheinische Republik vorhanden, sie wird größer und größer werden, je länger die Volksabstimmung hinausgezogen wird. Preßlich vergrößern sich dafür die Gefahren und das ist es, was wir unter allen Umständen bekämpfen müssen. Ohne eine Rheinische Republik gibt es keine Rettung für uns und auch nicht für das Deutsche Reich. Weil wir das seit Monaten erkannt haben, sind wir für die Republik eingetreten. Die Entwicklung hat uns recht gegeben, sie wird uns noch weiter recht geben, je mehr wir uns dem Winter nähern.

## Ungarn und Oesterreich

Budapest, 18. Aug. Nach einer Meldung des ungar. Korr.-Büros richtete der Minister des Inneren, Kobasch, eine Note an die deutsch-österreichische Regierung, in der es heißt:

„Mit Bedauern und Befremden erhielt die ungarische Regierung von dem Schritt der deutsch-österreichischen Regierung Kenntnis, wonach diese den Präsidenten der Friedenskonferenz um die Ermächtigung bat, Ordnung und Ruhe in den weingarischen Komitaten durch Gendarmerie, Volkswacht und Sicherungstruppen sichern zu dürfen. Als Begründung führt die deutsch-österreichische Regierung in der Note an, daß die dort verammelten ungarischen Truppen, deren „Chauvinismus und Gewalttätigkeit“ bekannt seien, die deutsche Bevölkerung der weingarischen Komitaten dem „Schrecken und Verderben“ aussetzen würden. Die ungarische Regierung sieht sich gezwungen, gegen diese Verletzung auf das Entschiedenste zu protestieren. Sie sieht in dem Schritte der deutsch-österreichischen Regierung eine ernste Gefährdung der seitens der neuen ungarischen Regierung und der gesamten Bevölkerung Ungarns ausgeprochenen freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Die deutsch-österreichische Regierung, die Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut ist, wird erst — wie dem Schutze der hierzu entsendeten „nationalen“ Truppen von dem Schrecken des Volkszorns — häufig befreit werden und sich selbst von den blutenden Wunden, die die tragischen Ereignisse der letzten Jahre dem Körper des Landes geschlagen haben, gleich den anderen Völkern Ungarns künftighin erholen und gewiß einer besseren Zukunft entgegengehen können.“

Die tendenziöse Behauptung, die ungarischen Truppen würden die deutsche Bevölkerung misshandeln, muß daher nicht nur aus diesen Gründen auf das Entschiedenste geleugnet werden, sondern auch infolge des Umstandes, daß es sich in gegenwärtigen Falle um ein Offizierskorps handelt, deren ungewöhnlich tadellose Disziplin und hoher moralischer Wert die Möglichkeit jedes Mißbrauches ausschließen. Was nun die Angehörigkeit der von deutschsprachigen Bevölkerung bewohnten Gebiete Westungarns betrifft, so würde sich die ungarische Regierung einzig und allein vor dem unabhängigen Beschluß der Pariser Friedenskonferenz hängen müssen, während jede einseitige Entscheidung vorgegriffene gewaltsame Besetzung dieser Gebiete ungesetzlich und unzulässig wäre. Nach dem eingangs erwähnten Schritt der deutsch-österreichischen Regierung mit ihrer bisherige Haltung in dieser Frage in auffallendem Widerspruch, da sie bisher den Standpunkt vertrat, daß die Entscheidung über das Schicksal dieser Gebiete von einer unabhängigen Volksabstimmung abhängig zu machen sei. Die ungarische Regierung muß schließlich auf den wesentlichen Eindruck hinweisen, den das Bekanntwerden des Schrittes der deutsch-österreichischen Regierung auf die gesamte Bevölkerung Ungarns ohne Unterschied der Sprache und der politischen Einstellung macht, daß während der Bevölkerung der westungarischen Komitaten vom blutigen Terror des Volkszorns befreit war, und Hunderte unter den entsetzten Umständen dem roten Dämon zum Opfer fielen, die deutsch-österreichische Regierung sich sorgfältig jeder Intervention enthält, und im gegenwärtigen Augenblick, wo das Land der Regenerierung entgegengeht, sie vor imaginären Gefahren schützen zu müssen glaubt.“

## Neutralisierung des Teichener Gebietes?

Paris, 18. August. Nach dem „Temps“ haben die Teichener Interalliierten Kommissionen vorgeschlagen, das Gebiet Teichens, das sich einer Aufteilung zwischen Polen und der Tschechoslowakei widersetze, zu neutralisieren.

## Die Entscheidung über die Antonina

Berlin, 18. August. Nach der rumänischen Zeitung „Aitural“ erhalten gemäß dem Vertrage von 1916 die Rumänen von der Antonina nur den Teil südlich vom Pruth mit Tschernowitz umgeben. Das restliche ukrainische Gebiet zwischen dem Pruth und Dniestr soll unter polnische Verwaltung gestellt werden.

## Grenel in Oberschlesien

mr. Kattowitz, 18. August. Die Pressestelle des Staatskommissariats teilt mit: Im Laufe des Vormittags hat sich die Lage im ober-schlesischen Aufstandsbereich wesentlich gebessert. Das Militär ist vollkommen Herr der Lage. Es besteht die begründete Hoffnung, daß im Laufe des Nachmittags sämtliche Aufstandsbereiche gesäubert werden können. Soweit sich die Lage bis jetzt überblicken läßt, handelt es sich weniger um politische Regimäre, h. h. reguläre polnische Truppen, als um politische Banden. Die Verstecke im Dentscher Bezirk betragen auf deutscher Seite 15 Tote und 30 bis 40 Verwundete.

Die Offiziere der ober-schlesischen Gassen, Häfen und Zentralen nahmen heute eine Entschlossenheit an, in der gegen die Behauptung, daß die Kommunisten den Streik hervorgerufen hätten, Verwahrung eingelegt wird. Der Streik kam infolge der Nichterfüllung dringender Forderungen der Arbeiter zustande. Die Arbeiter haben die Arbeit aufgenommen, als bis ihre Forderungen berücksichtigt seien.

Im Kreise Wetz wurden heute an einer Stelle 12 scheinlich angestrichelte Leichen deutscher Soldaten einer überfallenen Feldscheune aufgefunden. Meldungen über ähnliche Taten der Aufständischen laufen von allen Seiten ein. Die Bevölkerung bittet um Schutz, da die Plünderungen befürchtet. Alle Fortschritte sind militärisch geteilt worden.

## Niederlage der Volkswacht

mr. Kattowitz, 18. August. Das Preßbüro Radio meldet, daß die Volkswacht in der Nähe von Alexandrowska Grotte eine große Niederlage erlitten haben. Die neuorganisierten russischen Truppen haben diese Stadt besetzt. In der Nähe des Bahnhofes Döbern ist ein Sowjet-Regiment zu den alliierten Truppen übergegangen. Weiter meldet amtlich: Es wird berichtet, daß die Volkswacht von der Bevölkerung aus Oßes vertrieben worden sind. Es heißt, daß sie im Begriff sind, Kiew und die ganze Ukraine zu räumen.

## Ein mißlungener Geldhändler

mr. Berlin, 18. August. Bekanntlich fand in den letzten Wochen und Monaten ein weitverbreiteter Schwindel deutschen Kapitals im Ausland statt. Einer groß angelegten Schiebung ist jetzt, wie die Abendblätter melden, die Berliner Polizei auf die Spur gekommen. Es handelt sich um 20 Millionen, die über die Schweizer Grenze in Sicherheit gebracht werden sollten. Im letzten Augenblick gelang es Polizei-Beamten mittels Hingegen, den von Berlin nach Basel fahrenden Dampfer zu überholen und die Schwindler in Zürich zu verhaften.

## Vom Befinden des Kaisers

Amsterdam, 18. Aug. Das „Landelsblad“ meldet: Der frühere deutsche Kaiser hat sich wieder erholt und er bewegt sich wieder außerhalb des Schlosses. Insbesondere macht er mit seinem Gattin in die Umgebung.

## Explosion

mr. Bern, 18. Aug. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Maudenge, hat im Mamon-Walde vorgefunden eine zweite Explosion eines Munitionslagers stattgefunden, der abermals acht deutsche Kriegsgefangene zum Opfer fielen.

## Berlin—Mailand

mr. Bern, 18. Aug. Nach einer Mailänder Meldung hat der deutsche Minister für das Postwesen an den italienischen Vizepräsidenten telegraphiert, daß die telegraphische Verbindung auf dem direkten Draht Berlin—Mailand wieder aufgenommen ist.

## Bundesrat der Kleinsten Deutschlands

mr. Rudoftstadt, 18. August. Der aus ganz Deutschland stark deutsche Bundesrat sollte folgende Entschlüsse: Unter voller Anerkennung der Notlage des Reiches und der dadurch bedingten Notwendigkeit aller Volkstrennen fordert der Bundesrat der Kleinsten Deutschlands von der Reichsregierung und der Deutschen Nationalversammlung den Schutz der Interessen des deutschen arbeitenden Volkes, die sich heute in dem Bund der Kleinsten Deutschlands zusammengefaßt haben, nachdem die Interessen der Reichsregierung erkennen lassen, daß deren rücksichtslose Durchführung ihren Ruin zur Folge haben würde. — Sie fordern daher von der Reichsregierung und der Deutschen Nationalversammlung — und bitten die deutsche Presse um Unterstützung dieser Forderungen: 1. daß bei dem Reichsbudgetvermögen bis zu 100.000 Mark von einer Abgabe vollständig befreit bleiben, soweit Männer das 66. Lebensjahr vollendet haben, die bei der Reichsregierung oder in der Reichsverwaltung tätig sind; 2. bei der Kapitalrentensteuer, daß die Reichsregierung in Bezug auf die Kleinsten Deutschlands eine Befreiung finden; 3. bei den Vermögen über 100.000 Mark erwerbsfähiger Familien eine entsprechende Befreiung. — Der Jahresbeitrag beträgt 3 f. Rudoftstadt ist Sitz des Bundes.

## Amsterdam, 18. Aug.

Der Tagelöhner Josef Kappelbäck und seine Frau wurden in ihrer Wohnung in vollkommen verworrenem Zustande aufgefunden. Der 16-jährige Sohn Josef wurde verhaftet. Er gestand, seine Eltern am 29. Juli ermordet zu haben.

## Amsterdam, 17. Aug.

Donar Paw erlärte in der Unterabteilung vom 14. August, daß kein Handelsabkommen oder Vertrag als Basis zum Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen werden sei.

## Reichstag

mr. Weimar, 16. August.

Der Nationalversammlung ist heute der Entwurf eines Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zugegangen, wonach die Reichsregierung ermächtigt wird, Gegenstände, welche aufgrund des Friedensvertrages oder ergänzender Abkommen den alliierten und assoziierten Mächten oder einem Angehörigen dieser Mächte zu übertragen sind, für das Reich zu enteignen.

Schulz-Bromberg (Zn.) und Augenberg (Zn.) besprechen nochmals auf Vertagung.

Reichsfinanzminister Erzberger: Das von den Antragstellern geforderte Studium der Vorlage ist wertlos, weil ich zur Begründung Ergänzungen zu machen habe, die ich hier nicht machen kann und die darum, warum ich in diesem Augenblick die Beratung verlangen muß. Die Annahme des Antrages Augenberg würde von unabwehrbaren Folgen begleitet sein.

Reil (Soz.): Es ist ganz offensichtlich, daß die Rechte der Regierung Schwierigkeiten machen will.

Geyer (U. S.): Die Vorlagen werden hier tatsächlich in einer beispiellosen Hast eingebracht, vermutlich, damit sich die Fraktionen nicht vollständig werden können. Wir werden uns keinerlei Gefahren aussetzen, wenn wir die Beratung um 24 Stunden vertagen.

Schulz-Bromberg (Zn.): Die Entscheidung des Gesetzes vor der Sommerpause wird durch die Annahme unseres Antrages nicht in Frage gestellt, jedoch der Reichsfinanzminister Erzberger zu unserm Bedauern nicht zu demissionieren braucht.

Der deutsch-nationale Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes, zu der Reichsfinanzminister Erzberger erklärt: Ich werde im Ausschuss weitere Mitteilungen zur Begründung machen.

Dr. Dornburg beantragt Vertagung des Vortrages an einen Ausbruch.

Das Haus beschließt dementsprechend.

Es folgt die zweite Beratung des Offiziersentschädigungsgesetzes. Da die Möglichkeit einer sofortigen dritten Beratung ins Auge gefaßt ist, findet eine Generaldebatte statt.

Grünwald (Zn.): Wir begreifen es, daß wir durch das Gesetz den Offizieren den Lebensgang zu einem anderen Beruf erleichtern können.

v. Gräfe (Zn.): Das Gesetz sollte mit Einmütigkeit angenommen werden, weil es den Dank der Nation für einen Teil der Armer ausdrückt. Reht solche Einmütigkeit, so können die übrigen Teile des Gesetzes sich zurückgelegt haben. Unentschieden ist, daß der Nachweis der Bedürftigkeit verlangt wird.

Reichswehrminister Noske: Es ist richtig, daß sich sehr viele Offiziere zurzeit in sehr schlechter Lage befinden und daß es mit einer beträchtlichen Anzahl von Kapitalisten geradezu trostlos steht. Dieser Zustand wird durch die Ausföhrung des Friedensvertrages noch eine weitere Verschönerung erfahren. Der Friedensvertrag schreibt uns die Verringerung des Heeres vor und dies wird von der Regierung ehrlich und loyal durchgeführt werden.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Reichsregierung wird alles tun, um das Los der Offiziere und Kapitalisten auch nach der schlechten Finanzlage nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Ausführung des Gesetzes wird zeigen, daß es sich nicht um Worte, sondern um praktische Taten handelt.

Die Besprechung wird um 1.45 Uhr abgebrochen.

Vizepräsident Hausmann eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr. Die Beratung des Offiziersentschädigungsgesetzes wird fortgesetzt.

Hg. Belz (Zn.): Der politische Grundgedanke des Gesetzes ist vom Zentrum und von der Sozialdemokratie nicht im geringsten angefochten worden. Wir haben uns nur gegen das gewandt, was in dem Entwurf an allem Regimentsgeist noch enthalten war. Die ganze Stellungnahme der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei läßt auf Agitation hinaus.

(Erzberger Widerspruch rechts.)

Hg. Berger (U. S.): Das Gesetz wird den Offizieren und Unteroffizieren wieder eine bevorzugte Stellung geben. Das lehnen wir als un-demokratisch ab.

Reichswehrminister Noske: Wenn im Ausland die Sorge von der deutschen Militärmacht noch besteht und deshalb die Frage der deutschen Kriegsgefangenen nicht weiter kommt, so tragen allerdings die Freunde des Fortschritts am meisten dazu bei, indem sie dort falsche Darstellungen über die deutsche Militärmacht hervorgerufen. Gestern hat die „Freiheit“ festgestellt, daß der Sozialistenkongress in Luzern habe ein Redner der Unabhängigen die Zahl der deutschen Soldaten auf 800.000 bis eine Million geschätzt. Das ist eine nichtwürdige Verächtlichmachung Deutschlands, die die armen Kriegsgefangenen zu büßen haben. Deutschland hat jetzt noch 400.000 Soldaten, aber sämtliche Leute darin eingeschlossen, die in Irland und Litauen und beim gesamten Grenzschutz sind. Die Truppen verteilen sich bis vor kurzer Zeit zur Hälfte auf den Grenzschutz, während die andere Hälfte im Innern des Landes war. Inzwischen sind beträchtliche Truppen abtransportiert worden. Bis 1. Oktober wird die Abführung bis auf 250.000 Mann durchgeföhrt sein.

## Der Evangelische Bund und die Rheinlandfrage

Nur zu oft schon hat der „Evangelische Bund“ den Jünger konfessioneller Verbundenheit in das deutsche Vaterland und namentlich auch in die westlichen Landesteile desselben geworfen. Wenn daraus bei uns am Rhein nicht weit mehr Spannung unter den christlichen Konfessionen entstanden ist, wie es tatsächlich der Fall, so liegt dies einmal daran, daß die professionellen Helfer erdlicher Weise immerhin vereinfacht und vor allem in den bodenständigen protestantischen Kreisen ganz ohne Anhang blieben, und andere aber haben die Katholiken auch diesen bösen Dingen gegenüber ein gerüttelt und geschüttelt volles Maß von Langmut und Geduld des lieben Friedens wegen an den Tag gelegt.

Man hätte nun annehmen dürfen, daß in der heutigen Zeit, wo in dem Rheinlande zwischen katholischer und evangelischer Weltanschauung das enge Zusammenarbeiten aller gläubig-christlichen Elemente oberstes Gesetz der Notwendigkeit geworden und in den Anfängen ja auch bereits zur erfolgreichen Tatsache geworden ist, jene verabschiedeten Stimmungen nun endlich der Vergangenheit angehört hätten.

Darin mußten wir uns leider täuschen und man überträgt nun gar diese Beziehungen auf ein Gebiet, das an und für sich mit der Verschiedenheit der Konfession nicht das Geringste zu tun hat — auf die Rheinlandfrage. Indem man die Lebensbedingung des rheinischen Volkes in den konfessionellen Streit hineinzieht, leistet man der Sache der engeren Heimat den denkbar schlechtesten Dienst. Die Förderer dieser Angelegenheit haben sich vom ersten Beginn an auf das entscheidende dagegen gewehrt, daß konfessionelle oder parteipolitische Gesichtspunkte mit ihr verknüpft würden. Sie haben dann auch das gute Recht zu verlangen, daß da keine Spur eines Gegenbeweises geliefert ist, man ihre Ehrlichkeit in dieser Beziehung nicht anzweifeln und ihre reine Liebe zum rheinischen Vaterlande unumwunden anerkennen! In diese Liebe teilen sich denn auch genügend aufrechte Männer anderer Konfessionen und Parteien.

Nun lassen wir dieser Tage folgende Erklärung des „Evangelischen Bundes“:

„Die Evangelischen im Rheinland, die alleingelassen wie die eingewanderten, erheben laut ihre Stimme für den ungeschmälerten Fortbestand Preußens. Weil wir Deutsche bleiben wollen, wollen wir Preußen bleiben und dem unglücklichen, schwer verletzten Staat Friedrichs des Großen und Wilhelms I. in allen Tagen die Treue halten, die er in guten Tagen um uns verdient hat. Sollte aber, was Gott verhüten möge, der Zerfall Preußens unaufhaltsam sein, so verlangen wir eine solche Neuordnung der Dinge, welche die Provinzen und Glieder kraft mit der übertragenden Zentralgewalt des Deutschen Reiches verbindet. Wir wollen alle Völkern unseres unglücklichen Vaterlandes mittragen; wir sind bereit, für die Einheit unseres Vaterlandes jedes Opfer zu bringen. Wir wollen aber nicht die Opfer sein in einer rheinischen Republik.“

Es schließen sich der Erklärung wie es heißt an: die evang.-theol. Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn, der Rheinische Hauptverein der Gustav-Adolf-Stiftung, Rhein-Preussenzustand für innere Mission, die Rheinische Missionsgesellschaft, der evang.-protestantische Missionsverein, der rhein.-evang. Arbeiterverein, der Verband der rheinischen Ortsgruppen des deutsch-evang. Frauenbundes, der evang. deutsche Jugendbund, der rhein.-westf. Landesverband des Bundes deutscher Jugendvereine, der evangelische Verband für die weibliche Jugend Deutschlands, der rhein.-westfälische Diakonienverband, ferner 448 Presbyterien bzw. 290 große Gemeindevereinigungen evangelischer Gemeinden, 580 evang. Pfarrer und 57 evange. Vereine in der Provinz.

Die weit diese Deesfolge der genannten Verbände zum Vorgehen des „Evangelischen Bundes“ eine sichere Unterlage hat, ersieht sich unserer Kenntnis. Jedenfalls wird sie in vielen protestantischen Kreisen rheinischer Lande nicht geteilt.

Zu der Erklärung selbst sei folgendes bemerkt: 1. Das Recht unserer evangelischen Mitbürger bei der Rheinlandfrage zuzurechnen, daß ihre Interessen nicht geschmälert werden, ist unbestritten, sie finden und dabei Schutze an Schutze im Kampfe um die Sicherung christlicher Ideale, kirchlicher Freiheit und Gleichberechtigung. Mit uns dürfen aber auch alle

flardenkenden Protestanten der Überzeugung sein, daß ihre kirchlichen Interessen in einem in seiner übertragenden Mehrheit christlichen rheinischen Freistaate besser gewahrt sind, als in einem nach sozialistischen Rezepten regierten Preußen, wie es heute zutage tritt.

2. Die Anhänger des rheinischen Freistaates haben ausdrücklich erklärt, daß sie auch ihrerseits sich Linienwegs streichen wollen von den Völkern des unglücklichen Vaterlandes und bereit sind jedes Opfer für die Einheit des Vaterlandes zu bringen. Nicht aber wollen wir, daß diese Rheinländer, bei denen die rheinischen Lande an sich und unter den heutigen Verhältnissen ganz besonders an erster Stelle stehen, umsonst gebracht werden. Wir wollen sie nicht einfach in das gähnende Chaos hineinwerfen, dem weite Teile des Reiches unrettbar verfallen. Wir wollen eine rettende Insel schaffen, hier, wo es noch möglich ist, um von ihr aus auch für das ganze liebe Vaterland die rettende Tat einmal zu vollbringen. Das scheint uns nicht, mit Vernunft gepaarte Vaterlandsliebe zu sein.

3. Endlich kommt dann der Verweis auf den „Evangelischen Bund“ in dem Rheinlande auf gewöhnliche Dinge gestimmten Sätze: „Wir wollen aber nicht die Opfer sein in einer rheinischen Republik.“

Wer, so fragen wir, müßte den protestantischen Mitbürgern ein Opfer zu. Wir haben in gutem Frieden miteinander gelebt in unseren Landesteilen und wir haben den christlichen Willen das beste Verhältnis aufrecht zu erhalten, von Bürger zu Bürger, wie auf gleichlicher Grundlage. Wenn etwas den Frieden stören kann, so sind es solche absolut inhaltlose Bedrohungen. Wir haben die feste Überzeugung, daß wir die Einheit der Konfessionen notwendig haben, um uns gegen die gemeinschaftlichen Gefahren wehren zu können, wir haben dazu den besten Willen und ein Herz voll deutscher und rheinischer Liebe.

Wäre man das in jenen Kreisen nicht verstehen und die ehrlich gebotene Hand zu gemeinsamer Rettung annehmen.

Schließlich mag Jeder in der rheinischen Frage denken und nach seinem Gewissen handeln, wie er will. Wir kennen keinen Zwang, aber auch unsere Überzeugung soll man ehrlich gelten lassen, und in der traurigen Zeit, wo so vieles zum Scheitern geht, nicht auch noch die Brandtafel konfessioneller Haberei da hineinwerfen, wo ein mutiges Aufbauen allein das vielgeliebte Vaterland und die engere Heimat retten kann.

### Erleichterungen für Deutschland

Am 18. Aug. Die in Berliner Blättern gebrachte Meldung von einer angeblichen Verabredung der an die Entente zu liefernden Kohlenmengen ist offenbar von einem Teil der Presse mißverstanden worden. Es ist selbstverständlich, daß die Vertreter der deutschen Regierung in Versailles unabhängig handeln und, gerade in dieser für das deutsche Wirtschaftsleben so ungeschicklichen Frage, den Vertretern der Entente klarzumachen, was jenseits der deutschen Regierung mehr oder weniger bekannt ist, nämlich, daß die in dem Friedensvertrag festgelegte jährliche Kohlenrate von Deutschland unumgänglich gekürzt werden kann. Es scheitert zwar naturgemäß sehr komplizierte Verhandlungen über ein für beide Teile annehmbares Kompromiß, das aus der deutschen Regierung erwünscht ist, wogegen für die nachher durch Verletzung einer geringeren Rate die für die deutsche Heimat unbedingt notwendigen Kohlenmengen zu behalten. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß die Kohlenrate auch in Zukunft sehr erniedrigt ist. Sie versteht daher zu einer Grundfrage zu kommen, die unsere dringende Notlage berührt und zugleich den Interessen der Gegner dient. Die deutschen Vertreter werden hier, wie in allen sonstigen Verhandlungen, mit offenen Karten und um alles, um den Gegnern unsere Notlage völlig klarzulegen. Eine zahlenmäßige Festlegung ist noch nicht erfolgt, und die Forderungen, die die Gegner noch in Versailles stellen, bedrohen unser gesamtes Wirtschaftsleben immer noch mit den schwersten Gefahren. Selbst ist in der „S. J.“ gebrachte Nachricht von einer Verabredung auf 15 Millionen Tonnen würde eine Entscheidung bedeuten, da auch die Menge unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht gekürzt werden kann und die schweren Folgen für alle Verkehrsmittel, Industrie und Hausbrand im kommenden Winter unaussprechlich werden würde. Es müßte daher das vor der „S. J.“ berichtete Zugeständnis als völlig unzureichend betrachtet werden.

leits bezeichnet und die weitere Verabredung der Lieferungen in allen Teilen erreicht werden. Die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit verbreiteten Hinweise auf die uns bevorstehenden Kohlenmengen würden auch der von der „S. J.“ behaupteten Liefermengen ihre volle Veredlung behalten, wobei vor Hoffnungen auf Erleichterung nicht dringend genug gewarnt werden kann. Von irgend einem Verhalten der Entente, das als Nachsicht gegenüber den Friedensbedingungen angesehen werden könnte, ist daher bisher nichts zu erwarten. Eine vernünftige Lösung für die dringende Kohlenfrage ist nur dann gegeben, wenn die deutschen Kohlenbergwerke ihre Förderung ganz erheblich steigern und durch das Angebot einer beträchtlichen Kohlenmenge die Milderung anderer Lebensbedingungen bewirken. Die Ergebnisse in der letzten Zeit, besonders in den Kohlenbezirken, haben uns sehr schmerzliche Einsichten darüber gegeben, daß die deutschen Arbeiter sehr am meisten darunter leiden, wenn sie durch politische Streiks das gesamte deutsche Wirtschaftsleben runterreißen und dem Deutschen Reich das zurzeit einzige Mittel zu Kompromißverhandlungen mit der Entente nehmen.

### Der neue Reichsrat

Am 18. Aug. 18. Aug. Heute fand unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichspräsidenten, Reichsfinanzministers Erberger, die erste öffentliche Plenarsitzung des Reichsrates statt. Die 21 deutschen Länder hatten ihre Vertreter benannt, jedoch fehlt die Bildung des Reichsrates erfolglos, da die für die Fortführung der Geschäfte erforderlichen vorläufigen Beschlüsse nicht zustande kommen. Sodann wurde den Entwürfen einer Verordnung wegen der Wenderung der Grundpreise für Düngemittel, Getreide und Leder, eines Gesetzes über den Arbeitsentgelt der Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren, der Ausführungsbestimmung zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, eines Gesetzes über die Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, eines Gesetzes betr. einen Anleihekredit für 1919, einer Verordnung betr. Gebühren für Zeugen und Sachverständige und einer Verordnung über die Befreiung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, zugestimmt.

### Oberschlesiens Not

Kattowitz, 17. Aug. In der Nacht vom 16. zum 17. August haben polnische Banden im Kreis Fleck durch einen Plünder die Gewalt an sich zu nehmen und das Militär zu entwaffnen versucht. In den meisten Stellen ist der Versuch mißlungen, und die Truppen sind dererz der Lage geblieben, so in Fleck, wo ein Teil der Angreifer außer Gefecht gesetzt, ein anderer Teil verhaftet wurde. Ebenso blieben Angreife auf unser Polizeiwachen im Südteil Oberschlesiens erfolglos. Nur in Paprocen gelang es den Aufständischen, eine Batterie, die wegen der Unterbringung der Pferde in Bürgerhäusern weit zerstreut liegen mußte, zu überfallen und zu entwaffnen. Weiter haben die Aufständischen den mit Truppen nicht besetzten Ort Tichow und den dortigen Bahnhof und die Poststation besetzt. Auch in Mittel-Lositz haben polnische Banden den Bahnhof, den Amtsvorstand und die Gott-mit-uns-Gruppe erbeutet. Ein militärisches Vorgehen zur Unterdrückung des Aufstandes ist im Gange. Weitere Truppen sind nach Oberschlesien geschickt. Die polnischen Organisationen Oberschlesiens, die nicht gewillt sind, die Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal abzuwarten, für heute noch einen allgemeinen Aufstand in ganz Oberschlesien geplant. Mit Bestimmtheit geht aus dem vorgefundnen Material hervor, daß auch der allgemeine Bergarbeiterstreik mit dem Plan der ober-schlesischen Organisationen zusammenhängt. Einen weiteren Beweis für die der Bevölkerung Oberschlesiens drohende Gefahr brachte eine große allgemeine Demonstration in dem Dorfe Galeska, wo zahlreiche Waffen und Munition gefunden wurden. Die Aufständischen der dortigen polnischen militärischen Organisationen liefern den Beamten und der Truppe ein regelrechtes Feuergefecht und töteten dabei zwei ihrer Mitglieder ein.

### Ein neuer Anleihekredit

Weimar, 16. Aug. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf über einen Anleihekredit für die Monate Juli bis September d. J. zugegangen, durch den der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, zur Behebung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von neun Milliarden im Wege des Anleihe-Kaufes zu machen, den einzelnen Reichsministerien die anlässlich des Krieges und der Demobilisierung erforderlichen Teilbeträge bis zur Höhe von 7 Milliarden Mark zu überweisen und 2 Mil-

liarden für Leistungen aus dem Friedensvertrage zu verwenden. Die zur Ausgabe gelangenden Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Reichsschatzwechsel sowie die etwa zugehörigen Zins- und Dividenden werden auf ausländische oder auch in einem bestimmten Wertverhältnis gleichmäßig auf in- und ausländische Beteiligungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden. Die Zuteilung des Wertverhältnisses sowie die weiteren Bedingungen für Zahlungen im Auslande bleiben dem Reichsfinanzminister überlassen. Von den 9 Milliarden sollen 2 Milliarden zur Erfüllung der für die Abwicklung des Krieges benötigten Kredite in Höhe von 6 Milliarden auf 5 Milliarden erhöht werden, weil der geschätzte Monatsbedarf von 2 Milliarden sich als zu niedrig erwiesen hat. 3 Milliarden werden angefordert, um den Schatzanweisungskredit für 1919 von seiner jetzigen Höhe von 3 Milliarden wieder auf 6 Milliarden zu erhöhen. Eine Milliarde dient dem Reichscredit für Beschaffung von Lebensmitteln, eine weitere Milliarde tritt hinzu bei Schatzanweisungen, die für Saldooperationen auszufertigen waren. Endlich ist für Leistungen aus dem Friedensvertrag zunächst eine Pauschsumme von 2 Milliarden vorgesehen.

### Gegen die Auslieferung

Am 17. Aug. 17. August. Das Landtags-Protokoll hat an die Reichsregierung in Weimar ein Schreiben gerichtet, in dem gegen die Abgabe der Entente, deutsche Staatsangehörige vor einen ausländischen Gerichtshof zu ziehen, protestiert und die Hoffnung ausgedrückt wird, daß die Reichsregierung alle geeigneten Schritte bei den Ententeregierungen unternehmen wird, um den Fortbestand der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen. In einem Schreiben an den früheren Kronprinzen Rupprecht bittet der Landtag um die Weiterung des Kronprinz, vor einem außerdeutschen Gerichtshof Rede und Antwort zu geben, erachtet sich aber in dieser Frage nicht für zuständig, diese vielmehr als eine Reichsangelegenheit.

### Ein Infanteriebild

Am 17. Aug. 17. August. Der Finanzvorstand der „Daily News“ in Holland meldet: Deutschland komme in Holland als erhaltener Handelsrival Englands nicht in Betracht. Holland gebe Deutschland keinen Kredit. Man sei der Ansicht, daß Deutschland noch schlimmeren Zeiten entgegengehe, als es sie jetzt durchmache. Erst wenn die Entschädigungssummen fällig werden würden, und wenn in jeder Hinsicht auf die deutsche Industrie gedrückt würde, damit die Renten, die erforderlich seien, aufgebracht würden, werde man sehen, wie schlimm es für Deutschland sein werde, Rohstoffe anzukaufen.

### Sich dementiert

Am 17. Aug. 17. August. Die Pressestelle des Reichspräsidenten und des Reichsministers für die Provinz Sachsen meldet: Die vor einigen Tagen vom Reichspräsidenten veröffentlichte Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brüning zur ober-schlesischen Autonomiefrage gab anstehend in-folge ungenauer Wiedergabe einer bestimmten Stelle Grund zu Mißverständnissen. Der Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien und Polen richtete daher an den preussischen Ministerpräsidenten die Bitte um Klärung und erhielt von diesem nachstehende Antwort: Die Regierung ist nach wie vor bereit, Oberschlesien die provinzielle Autonomie zu gewähren. Den Bestrebungen zur Bildung eines Bundesstaates Oberschlesien steht die Regierung ablehnend gegenüber. Dr. Brüning, Ministerpräsident.

### Zusammenbrechender Streik

Am 18. Aug. 18. August. Zur Streiklage in Oberschlesien meldet der Vorwärts aus Königs-büttel: Heute (Sonntag) hat sich nichts geändert, aber für morgen ist mit einem Zusammenbruch des Streiks zu rechnen. Die Verhandlung des Arbeitsvertrages steht für morgen bevor. Wegen aller Streikenden, die morgen die Arbeit nicht aufnehmen, werden die scharfen Maßnahmen ergriffen werden. Von den Pannhäuser Gruben hingen heute 60-70 Prozent der Belegschaft die Arbeit wieder an. Der Gruben-Schacht hat beschließen, vollständig einzufahren. Im Rynbinder Revier ist die Beteiligung am Ausstand bisher gänzlich abgelehnt worden.

### Landarbeiterstreik

Am 18. Aug. 18. August. Die Landarbeiter des Kreises Manteuffen (Saxa) sind in den Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne und die Einführung eines Tarifs.

### Gegen den Lebensmittelwucher

Am 18. Aug. 18. August. Jeder wucherische Ankauf oder Verkauf, ein Monopol in Lebensmitteln, Brennstoffen oder Bekleidungsstoffen zu bilden, wird mit einer Geldstrafe von 2000 Franken oder 5 Jahren Gefängnis bestraft.

## Das Testament

Russischer Gesellschaftsroman.

Von Hans Beder.

22) Nachdruck verboten.  
„Noch nicht — soll ich zu ihm hinaufgehen?“  
„Doch nur, ich schreibe ihm nachher gleich.“  
„Aber liebreich, du weißt doch nicht, er bleibt ganz in Petersburg, geht nicht nach Riga zurück, denke dir, er ist Minister geworden.“  
„Ach — wie hübsch. Darüber freue ich mich, er ist ein so guter Mensch.“  
„Und du ein so hübsches Mädchen.“  
„Nikolai, viii — sag doch so was nicht.“  
„Also gut — du bist kein hübsches Mädchen, du bist abscheulich hübsch, das sehe ich sehr — ich werde unsere Verlobung auflösen.“  
Er zog sie an sich und küßte sie.  
Er war verliebt, rasend verliebt, kein Zweifel, er mußte sich das eingestehen. Vielleicht schon früher, jedenfalls seit gestern, seitdem seine Eifersucht erregt war.  
Und noch ein anderes Gefühl zog ihn zu ihr. Beantworte er bei ihr war, vergaß er, was er getan, was ihn in Augenblicken des Alleinseins quälte, ihm die Nacht nicht schlafen ließ — das Verbrechen, das er begangen hatte.  
Er sah sich vor Richtern und Geschworenen stehen, hörte die Rede des Staatsanwalts, alle die hochtrabenden Worte, womit dieser einen armen Schächer verurteilte:  
— Somit, meine Herren Geschworenen —  
Wie oft hatte er das durchlebt, kaum erwarten können, daß er zum Wort kam, Schlag auf Schlag die Anklage widerlegen konnte.  
Wie überlegend hatte er sprechen können, alle mit sich reihen, wenn er die Gesichter der Geschworenen sah, wenn er sah, wie er sie zu sich herüberzog.  
Ein wahres Zugeständnis war es ihm gewesen, er hätte nicht gepostet mit Dohn gegen den öffentlichen Ankläger.  
Je verbrochener sich der Staatsanwalt zeigte, desto ruhiger war er geworden, hatte sich als Sieger gefühlt.  
Das war, wenn er als Verteidiger vor dem

Richtertisch gestanden, in seiner Rolle als Gleichgestellter — die Bilder der Nacht zeigten ihn als Angeklagten — bleich, verstört, keines Wortes mächtig.

Das schwand, wenn er bei Dora war, was er getan, erschien ihm kein Unrecht mehr, sondern eine heroische Tat.

Nicht für sich hatte er gehandelt, nicht an sich gedacht — dem armen, verlassenen Mädchen hatte er zu ihrem Rechte verholfen.

„Donnerwetter, das ist ich mit gefallen: Eingeschobener Waggon, Salonwagen — ja, Nikolai Romanowitsch Karischagin kann sich das leisten.“  
Ein junger Advokat, dem Karischagin seine noch unerledigten Prozesse übertrug, sagte das zu einem der Herren, die das eben ver-mählte junge Paar nach dem Souper zum Bahnhof begleitet hatten.

Groß war die Zahl der Hochzeitsgäste nicht gewesen. Einige Kollegen Karischagins, Bankdirektor Galliani mit Frau, die sich selbst eingeladen, als sie bei einem nochmaligen Besuch bei Dora von der nahe bevorstehenden Vermählung erfahren hatte, und Erzengel Borissow. Dora hatte niemand aus der früheren Freundschaft einladen wollen, obgleich auch noch andere als die Galliani, nachdem die Geschäfts-sache sich herumgesprochen, den Weg nach dem Petersburger Landhause gefunden hatten.

Sie wollte keine große Gesellschaft, sie war noch in Trauer, das entschuldigte sie, sie fühlte sich den früheren Bekannten gegenüber noch immer nicht unbenommen genug.

Wie man in der Gesellschaft über sie urteilte, wußte sie ja nicht, sie hätte sich sonst wohl etwas freier gefühlt.

— Gaben Sie schon gehört, die Dora Wald-burg, so kann man sie ja wohl wieder nennen, heiratet den Nikolai Karischagin. Das ist wunderbar, sie heiratet ihren Advokaten, der ihr zu ihrem Recht verholfen, wie man seinen Arzt heiratet, der einem das Leben zurückgegeben — aus Dankbarkeit.

Wirklich sehr nett, dabei keine schlechte Wahl. Karischagin ist ein schöner Mann, hübsch leicht, flatterhaft.

Man lächelte diskret in sich hinein, das Verdachte so häufig ein kleines Reizgefühl, man war etwas böse, als man seine Einladung zur Trauung erhielt.

Aber auch darüber verstand man sich zu trösten: — Es sollte nur ein enger Kreis sein — man begreift — Dora war ja noch in Trauer, und dann, sie schämte sich wohl auch etwas, wollte erst einen echten und rechten Namen haben, ehe sie sich wieder in der Gesellschaft bilden ließ.

Die andere Geschichte, wußten Sie, das mit der Adoption, ist nicht geordnet — na, der Name des Mannes deckt ja auch alles.

Dora stand bei Erzengels Borissow und sagte ihm zum dritten Male Lebewohl.

Sie schien eine Angestellte zu haben, den Waggon zu bestiegen, Karischagin mußte kommen und sie fortzuführen. Das zweite Glöckchen war schon gegeben.

„Leben Sie wohl, Erzengel, ich dankt Ihnen.“ Borissow hatte sich über ihre Hand gebeugt: „Mit Gott, gnädige Frau, mit Gott, werden Sie recht, recht glücklich.“

Leise fügte er hinzu: „Und wenn Sie einmal doch ein Wort, einen Rat nötig haben — man weiß ja nie, wie es im Leben geht — rufen Sie mich.“

Er ging neben ihr her bis zur Tür des Wagens, im Augenblick erschien es, als ob er der Mann wäre, Karischagin nur so mißliebe.

Er hielt den Streich, den sie in der Hand gehabt — der von ihm stammte — damit sie bequemer einsteigen konnte, übergab die Blumen Karischagin und wendete sich fort.

Noch ehe der Zug sich in Bewegung setzte, sah er draußen in seinem Kapee. Er seufzte ein wenig.

— Schade, es ging doch nicht an. Ueber vieles legt man sich hinweg, aber manchmal geht es nicht.  
Der Zug ritt in die Nacht hinaus. Die Nacht strömte nach in dem hellereuchten Raum des Salonwagens, in dem es nach Blumen duftete. Wie in einem hübschen Zimmer sah es sich da, man konnte glauben, bei sich zu Hause zu sein. Dora hatte sich tief in die weichen Kissen eines Divans geschnitten, sie hatte den Duft ab-

gelegt und die Handfläche abgestreift, ihre Hände lagen ineinandergeklammert im Schoße, sie träumte vor sich hin. Sie hörte auch nicht, was Karischagin zu ihr sprach, antwortete nicht, auf seine Frage, ob sie müde sei.

Erst als er vor ihr niederkniete und sie umschlang, erwachte sie aus ihren Träumen. Ein Jittern ging durch ihren Körper, als er sie küßte.

„Liebe kleine Dora, jetzt gehörst du mir, ich küßt, du zufrieden?“

Sie nickte schweigend, strich ihm mit kalten Fingern über das Haar. Sie wußte nicht, was es Liebe, was es Furcht, die sie so heftig erregte.

Einige Wochen waren sie nun schon in Berlin, beide hatten an eine Weiterreise noch nicht gedacht, sich in einem Hotel unter den Linden ganz wohl befunden — der frühere Plan, nach Paris zu gehen, schien einfallen vergessen. Benachteiligt von Dora — Karischagin kam, als sie eines Morgens beim Frühstück saßen, damit heraus:

„Liebt du, Dora — es ist hier jetzt wenig los, schon bald Sommer, Theater und all der Kram nicht mehr auf der Höhe, wie war's, wenn wir weitergehen?“

Dora sagte: „In Paris ist auch noch Sommer.“

„Das ist was anders. Die Pariser bleiben bis zum Grand Prix — hier langen die Leute schon an fortzuziehen. Also, wie denkst du, brechen wir unsere Zelte ab?“

Sie dachte nach, sagte dann plötzlich: „Wir haben doch unsere Villa im Grunewald, die kennst du doch gar nicht, hast sie noch nicht gesehen — wir könnten doch.“

Er verzog den Mund: „Villa im Grunewald. Das ist wohl so'n zweites Petershof — am Tage kein Mensch sichtbar, nur die Penioniers und Gentlemen, die sich im Schwelche ihres Angesichts abarbeiten, wer die Bälle trifft, sich dabei die Hände drücken und stürzen — abends Spaziergang unter den Klängen eines kaffischen Musiks.“

Sie lachte: „Vott bewahre — übrigens im Sommer war ich noch nicht dort.“

(Fortsetzung folgt.)



